



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung

11. Sitzung (öffentlich)

13. März 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

3

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, seine abschließende Beratung zum Thema „Dienstrechtsanpassungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen“ auf seine Sitzung am 17. April 2013 schieben.

1 Dienstrechtsanpassungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1625 (Neudruck)

Der Ausschuss hatte sich bereits vor Eintritt in die Tagesordnung darauf verständigt, seine abschließende Beratung zum Thema „Dienstrechtsanpassungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen“ auf seine Sitzung am 17. April 2013 schieben.

2	Gesetz über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/177	
	– Aussprache	5
	Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/177 wird mit Stimmenmehrheit der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der Piraten gegen das Votum der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.	
3	Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1188	
	– Aussprache	8
	Der Ausschuss verzichtet nach einer kurzen Aussprache gegenüber dem federführenden Ausschuss auf die Abgabe eines Votums zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1188.	
3	Verschiedenes	9
	a) Nächste Sitzungen	9
	b) DAAD	9
	c) DFG-Wanderausstellung	9

3 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1188

Vorsitzender Arndt Klocke teilt mit, der federführende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der am 20. Februar zum Thema des Tagesordnungspunktes einer Anhörung durchgeführt habe (siehe Ausschussprotokoll 16/168), werde seine Beratung voraussichtlich am 10. April abschließen und erwarte die Voten der mitberatenden Ausschüsse.

Karl Schultheis (SPD) legt dar, seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen. Die in Rede stehenden Aktivitäten würden sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene entwickelt. Die angestrebte flächendeckende Beratungsinfrastruktur finde die besondere Zustimmung seiner Fraktion. Im zeitlichen Abstand sei eine Evaluation des Gesetzes durchzuführen.

Klaus Kaiser (CDU) führt aus, das Anhörungsprotokoll liege erst seit kurzem vor. In seiner Fraktion bestehe aber noch Beratungsbedarf. Der Schulausschuss habe den Beratungsgegenstand in seiner Sitzung heute Vormittag ohne Votum geschoben, um einer Verfahrensverzögerung zuvorzukommen. Seine Fraktion wolle sich die Möglichkeit qualitativer Veränderungen im federführenden Ausschuss noch offen halten. – **Angela Freimuth (FDP)** schließt sich namens ihrer Fraktion dem Verfahrensvorschlag an. – Sobald eine Fraktion den Wunsch äußere, einen Beratungsgegenstand zu schieben, so **Karl Schultheis (SPD)**, sei es im Ausschuss gute Kultur, dem zu folgen. Seine Fraktion erkläre sich insofern mit dem Verfahrensvorschlag ebenfalls einverstanden.

Der Ausschuss verzichtet nach einer kurzen Aussprache gegenüber dem federführenden Ausschuss auf die Abgabe eines Votums zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1188.

